

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 24 (1997)
Heft: 1

Artikel: Befreiungsschlag des Bundesrats vereitelt : Billig-Lösung gegen Rinderwahn
Autor: Schenk, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909740>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Befreiungsschlag des Bundesrats vereitelt

Billig-Lösung gegen Rinderwahn

Um die Schweiz vom Makel des Rinderwahnsinns zu befreien und die Konsumenten zu beruhigen, wollte der Bundesrat mit einem finanziellen Aufwand von 320 Millionen Franken 230 000 Rinder ausmerzen. Das Parlament bewilligte aber bloss die Tötung von gut 2000 Rindern zum Preis von 8 Millionen Franken.

Mit 230 BSE-Fällen liegt die Schweiz beim Rinderwahnsinn an dritter Stelle hinter Grossbritannien und Irland. Sie gilt trotz deutlichem Abstand zu den über 160 000 Fällen in England als von der Epidemie be-

Willy Schenk *

troffenes Land. Da die Krankheit durch Essen von Rindfleisch offenbar auf Menschen übertragen wird, nahm der ohnehin rückläufige Konsum von Rindfleisch massiv ab. Die EU boykottierte verdächtiges Rindfleisch und zwang

ging der Export von Rindern und Rindfleisch-Produkten 1996 um 120 Millionen Franken zurück. Inzwischen haben auch die Niederlande den geplanten Import von 5000 Rindern untersagt. Wenn der Boykott des Auslandes auf Milchprodukte wie Käse ausgedehnt würde, so müsste die Schweiz mit einem zusätzlichen Exportrückgang von 500 Millionen Franken rechnen.

Der Bundesrat beschloss einen Befreiungsschlag, der sich an der englischen Ausmerzaktion orientierte und die Schweiz wieder zu einem BSE-freien Land machen sollte. Man wollte

Aber nur der Bauernverband akzeptierte die Aktion. Er kritisierte allerdings die Abgabe von 2 Milchrappen. Die Medien erwähnten das Restrisiko angesichts der bisher noch wenig erforschten Ansteckungswege. Auch die Vermischung von Seuchenbekämpfung und Marktsanierung wurde kritisiert.

Angesichts der geringen Akzeptanz des bundesrätlichen Vorschlages suchten schon die vorberatenden Kommissionen des Parlaments eine Billig-Lösung. Man wollte es den Franzosen gleichtun und nur die Bestände ausmerzen, in denen BSE-Fälle aufgetreten waren. Das «französische Modell» stösst auf Ablehnung bei den Tierärzten. Nach ihrer Argumentation gibt es bisher keinen Hinweis für die Übertragung der Krankheit zwischen Tieren eines Bestandes. Nur die BSE-Verbreitung durch kontaminiertes Tiermehl und die Übertragung von Mutterkühen auf die Nachkommen gilt als erwiesen.



Der Schädel einer am sogenannten Rinderwahnsinn gestorbenen Kuh wird untersucht. Bezüglich Ursache und Verlauf dieser Krankheit bestehen noch zahlreiche Unklarheiten. (Foto: Keystone)

Grossbritannien und Irland zur Ausmerzung all jener Tiere, die mit dem möglicherweise infizierten Tiermehl gefüttert worden waren. Das deutsche Bundesland Baden-Württemberg erliess auch eine Importsperr für Schweizer Rindfleisch, der sich weltweit zwei Dutzend Länder anschlossen.

Boykott von Schweizer Fleisch

Die Schweiz ist kein klassisches Fleischexportland. Einschneidend sind aber die Vorbehalte Italiens, Frankreichs und Deutschlands gegen Zuchtvieh aus der Schweiz. Obschon Italien seinen Importbann zeitweise lockerte,

230 000 Tiere abtun, die vor dem Fütterungsverbot für Tiermehl (Dezember 1990) geboren wurden oder Nachkommen von BSE-Kühen sind. Die bis Mitte 1999 dauernde Aktion sollte 320 Millionen Franken kosten.

Die Bauern hätten pro abgeliefertes Rind 1000 Franken erhalten. Durch die Abgabe von 2 Milchrappen pro Liter sollten sie sich an den Kosten beteiligen. Die Aktion wollte das Hauptrisiko vermindern, um die Konsumenten zu beruhigen und eine Aufhebung der Boykott-Massnahmen zu erreichen. Gleichzeitig wäre der zusammengebrochene Rindfleischmarkt saniert worden.

Wenig Schlachtungen

Unser Parlament hat auch bei der Übernahme des französischen Modells noch eine Sparmöglichkeit entdeckt. Bei den von BSE betroffenen Beständen sollen nur die Nachkommen von BSE-Rindern und die vor dem Fütterungsverbot für Tiermehl geborenen Tiere ausgemerzt werden. Dadurch reduziert sich die Zahl der Opfer von 230 000 auf etwas über 2000. Die Kosten sinken von 320 auf 8 Millionen Franken. Allerdings spendieren die Parlamentarier noch 25 Millionen Franken für die Marktentlastung. Dies, obschon die 1996 mit 70 Millionen durchgeführten Aktionen den kaputten Markt nicht entlasten konnten.

Finanzminister Kaspar Villiger bezeichnete die Billig-Variante als «Scheinlösung». Auch den Parlamentariern ist bewusst, dass die Billig-Lösung das Ausland möglicherweise nicht beeindruckt und nicht zum Status eines BSE-freien Landes führt. Ständerat und Nationalrat wollen daher den Plan des Bundesrats in Reserve behalten, um ihn notfalls wieder aufgreifen zu können. ■

* Willy Schenk war bis vor kurzem Bundeshausredaktor des Zürcher Tages-Anzeigers.